Objekttyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **17 (1937-1938)**

Heft 12

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

17. JAHRGANG -- AUGUST 1938 -- HEFT 12

Fiasko der interparteilichen Zusammenarbeit?

Von Hans Oprecht

Es sind viele Kommentare darüber geschrieben worden, warum die eidgenössische Finanzreform schon im Parlament scheitern mußte. Die Gründe dafür werden dabei überall, vor allem natürlich bei den andern, nur nicht bei sich selber, so zum Beispiel bei den bösen Sozialdemokraten gesucht. Gegenüber solch tendenziösen Bemühungen, die Verantwortung für den Scherbenhaufen vom 24. Juni von den im Bund herrschenden Parteien abzuwälzen und der Opposition zu belasten, ist es notwendig, durch die Feststellung einiger Tatsachen der Klarheit und der Wahrheit zu dienen. Das Scheitern der Finanzreform wird sowohl von katholisch-konservativer wie auch von freisinnig-demokratischer Seite als eine schwere Belastungsprobe für die interparteiliche Zusammenarbeit dargestellt. Der Zentralsekretär der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz meint dazu in der »Politischen Rundschau«, Juli-Heft 1938:

»Gewiß hat die Sozialdemokratie — und dafür ist ihr die volle Verantwortung zu überbinden — die Verständigungsbereitschaft des Freisinns schwer diskreditiert...« Aehnlich meint das »Vaterland« zum Schreiben der sozialdemokratischen Geschäftsleitung an den Bundesrat vom 15. Juli 1938:

»... seither aber wird von den gleichen Leuten wieder die Leier der Verständigung angestimmt für eine verfassungsmäßige Lösung, der man eben noch höhnisch das Grab geschaufelt hat«.

Wie sind die Tatsachen?

Ich möchte vorausschicken, daß wir die Verantwortung für unsere Stellungnahme am 24. Juni im Nationalrat zur Vorlage des Bundesrates und der Mehrheit des Parlamentes nicht ablehnen. Wir haben verantwortungsbewußt gehandelt, als wir gegen die Vorlage stimmten. Aber wir lassen die anderen, vor allem die Mehrheitsparteien nicht aus *ihrer* Verantwortung schlüpfen. Die Freisinnig-Demokratische Partei, die Katholisch-Konservative Partei und die Bauern- und Bürgerpartei zählen zusammen im Nationalrat allein 111 Mitglieder. Für die Vor-